

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 17/2016

11. OKT 2016 | MARKUS KRÜSEMANN

obs gibt es jede Menge - sei es in Leiharbeit, Werkvertrags-Konstruktionen, Minijobs, befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Teilzeitjobs und im Niedriglohnbereich. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 25.10.2016. Dann auch wieder mit einem Topthema.

Piloten leisten erbitterten Widerstand

Der erbitterte Widerstand der Tuifly-Belegschaft gegen eine Verschmelzung mit Teilen der Air Berlin ist ein Abwehrkampf gegen schlechtere Arbeitsbedingungen.

Während der Mutterkonzern Tui beteuert, dass Tuifly als eigenständige, deutsche Airline erhalten bleiben soll, trauen Piloten, Flugbegleiter und Bodenpersonal den Versprechungen nicht und bangen um ihre Besitzstände, denn bei anvisierten Partnern wird deutlich weniger gezahlt.

(...)

Quelle: N-TV.de vom 10.10.2016

»Hoffmanns Haltung ist antigewerkschaftlich«

Der DGB und dessen Vorsitzender wollen die Leiharbeit besser gestalten. Wichtiger wäre, sie abzuschaffen. Gespräch mit Julia Nanninga.

Das sogenannte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz schreibt gleichen Lohn für gleiche Arbeit vor (...). Allerdings gibt es eine Ausnahmeklausel: In Tarifverträgen kann anderes festgelegt werden. Und genau das ist das Problem.

(...)

Quelle: junge Welt online vom 08.10.2016

DGB-Umfrage zum Start der Tarifverhandlungen in der Zeitarbeit

Anlässlich der heute beginnenden neuen Tarifrunde in der Leiharbeit hat der DGB die Wünsche der Beschäftigten in einer Umfrage ermittelt. Sie flossen in die Forderungen der Gewerkschaft ein, zu denen (...) eine Ost-West-Angleichung in allen Entgeltgruppen zählen.

Für die Befragung erhielten Leiharbeiter im Juli und August direkt an Ort und Stelle Postkarten, auf denen sie ihre Empfehlungen für die Tarifrunde abgeben konnten. Insgesamt gingen rund 1500 Rückmeldungen bei der Gewerkschaft ein.

(...)

Quelle: Betriebsratspraxis24.de vom 07.10.2016

Weitere zehn Euro für Geringverdiener mit Kindern

Der Kinderzuschlag für Geringverdiener soll zum Jahreswechsel um zehn auf bis zu 170 Euro im Monat steigen. Darauf haben sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) (...) verständigt.

Nach Angaben des Familienministeriums wurde der Zuschlag 2016 für 260 000 Kinder ausgezahlt. Armutsforscher gehen allerdings davon aus, dass rund zwei Drittel der Anspruchsberechtigten den Kinderzuschlag nicht in Anspruch nehmen.

(...)

Quelle: Handelsblatt online vom 06.10.2016

Ausgeschlachtete Werkverträge

Mindestlohn, Krankenversicherung, Unterbringung: 18 Großbetriebe kündigten vor einem Jahr an, für bessere Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen zu sorgen. Die Bilanz fällt nach zwölf Monaten durchwachsen aus.

Zwar sind die Arbeiter nun nach deutschem Recht angestellt – die Fleischbranche hält aber wie gehabt an der umstrittenen Praxis der Werkverträge fest. Laut dem Bericht stieg das Verhältnis der selbst bei den Unternehmen angestellten Arbeitnehmer nur minimal von 43,3 auf 45 Prozent.

(...)

Quelle: NWZ online vom 06.10.2016

Neuer Mindestlohn - na und?!

Die Erhöhung des Mindestlohns bei öffentlichen Aufträgen im Land Brandenburg scheint auf die kommunalen Unternehmen in Potsdam nur geringe Auswirkungen zu haben. Das hat eine PNN-Umfrage bei den städtischen Firmen ergeben.

So teilte eine Sprecherin der städtischen Bauholding Pro Potsdam mit: „Hinsichtlich der Vergütung des eigenen Personals hat der neue Mindestlohn keine Relevanz für uns.“ Auch bei der Vergabe seien keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten.

(...)

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten online vom 05.10.2016

Mindestlohn zeigt kaum Wirkung

Nach Informationen der ZEIT hat der Mindestlohn bislang weder die Armut gesenkt, noch die Lohnungleichheit verringert. Das belegen Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Lässt man die Flüchtlinge beiseite und betrachtet nur die Einwohner ohne Migrationshintergrund, sind nach dem

Inkrafttreten des Mindestlohns genauso viele Bürger arm wie vorher, zeigen die Zahlen.

(...)

Quelle: Zeit online vom 05.10.2016

Verdacht illegaler Arbeitnehmerüberlassung bei Rossmann

Rossmann setzt für Einräumarbeiten in seinen Filialen tausende Mitarbeiter des Subunternehmens Promota.de auf Basis von Werkverträgen ein.

Interne Firmenunterlagen, Filmaufnahmen aus Rossmann-Filialen und Aussagen von Mitarbeitern legen jedoch den Verdacht nahe, dass Angestellte des Subunternehmens und Rossmann-Stammbeschäftigte in den Filialen eng zusammenarbeiten, als dies nach den Regeln für Werkverträge zulässig ist.

(...)

Quelle: Stern.de vom 04.10.2016

Neues Gesetz schadet Zeitarbeitern

Ende Oktober soll ein neues Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verabschiedet werden, das den flexiblen Personaleinsatz erschwert. Arbeitnehmer dürfen künftig nur noch für eine bestimmte Dauer als Zeitarbeiter in den Einsatzfirmen tätig sein.

Ulrike Kückler von der Olympia Personalleasing GmbH, auch Landesbeauftragte des Interessenverbands Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) für Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt, fürchtet den Verlust vieler Arbeitsplätze.

(...)

Quelle: Thüringer Allgemeine online vom 04.10.2016

Chancen für Frauen durch Strukturwandel

In Thüringen wollen nach Angaben von Arbeitsmarktexperten immer mehr Frauen länger arbeiten - allerdings nicht in Vollzeit.

Stattdessen wollen laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis zu 50 Prozent der Frauen in Deutschland innerhalb von Teilzeit länger arbeiten und die Arbeitszeit dabei auch selbst bestimmen können.

(...)

Quelle: Thüringen24.de vom 03.10.2016

Weder Jobkiller noch Allheilmittel

Wie sich der 2015 eingeführte Mindestlohn von 8,50 Euro auf den Arbeitsmarkt auswirkt, hängt stark von der jeweiligen Branche ab. (...) Eine neue RWI-Studie liefert jetzt die ersten empirischen Erkenntnisse dazu.

Sie zeigt: Im Hotel- und Restaurantgewerbe, im Einzelhandel und in der Landwirtschaft sind nicht zwingend

Entlassungen aufgrund des Mindestlohns zu erwarten. Hier könnten die bislang lohnsetzenden Arbeitgeber die höheren Kosten auffangen.

(...)

Quelle: Süddeutsche.de vom 03.10.2016

Westdeutsche verdienen deutlich mehr

Mehr als ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten im Osten arbeitet nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit zu einem Niedriglohn - weil viele nicht nach Tarif bezahlt werden.

Gemessen an der Niedriglohnschwelle von 2056 Euro bundesweit waren Ende 2015 36 Prozent der ostdeutschen Vollzeitbeschäftigten zu einem Niedriglohn tätig, im Westen knapp 17 Prozent.

(...)

Quelle: N-TV.de vom 02.10.2016

Befristungen an der Uni

Mit einem neuen Gesetz wollte der Bund die ausufernde Zahl von befristeten Verträgen an Hochschulen eindämmen. Hat sich die Situation an der Bremer Universität dadurch verbessert?

Doch schiebt das Gesetz tatsächlich exzessiven Befristungen einen Riegel vor? Und wie setzen die Unis das Gesetz um, wenn sie nicht zugleich mehr Geld für feste Stellen erhalten?

(...)

Quelle: Weser Kurier online vom 01.10.2016

Gastro-Mindestlohn in NRW mindestens 9 Euro

Für die Gastronomie-Branche gilt rückwirkend ab 1. August ein höherer Mindestlohn. Dieser liegt nun bei neun Euro pro Stunde – und damit 50 Cent über dem gesetzlichen Mindestlohn.

Das hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten mitgeteilt. Die NGG habe den höheren „Gastro-Mindestlohn“ bei den letzten Tarifverhandlungen durchgesetzt

(...)

Quelle: Report-K.de vom 30.09.2016

Der Teilzeit-Job ist weiblich

Immer mehr Frauen sind berufstätig. Deutschlandweit ist die Beschäftigungsquote von Frauen in den vergangenen rund anderthalb Jahrzehnten stetig gestiegen.

Da sämtliche Arbeitsverhältnisse gleichermaßen in die Erhebung einfließen, geht ein Fakt etwas unter: nämlich, dass im Schnitt nur vier von zehn Frauen in Vollzeit arbeiten (Stand 2013). Der weitaus größere Anteil der Frauen (rund ein Drittel) findet sich im Teilzeitbereich wieder.

(...)

Quelle: NP-Coburg.de vom 29.09.2016

Altersarmut auch bei Selbstständigen

Altersarmut ist vor allem eine Gefahr für Selbstständige. Das ergibt sich aus neuen repräsentativen Befragungen des Arbeitsministeriums, die gestern bekannt wurden.

Nur drei Prozent der über 65-Jährigen seien aktuell auf die Grundsicherung angewiesen. Allerdings werde sich der Anteil in Zukunft erhöhen, da viele Selbstständige und Geringverdiener über keine betriebliche oder private Altersvorsorge verfügten.

(...)

Quelle: RP online vom 29.09.2016

65 Prozent Niedriglöhner in der Leiharbeit

Leiharbeit gleich Niedriglohn. Das trifft in Deutschland auf 65 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in der Arbeitnehmerüberlassung zu (400.000 von 612.000), denn ihr Gehalt liegt unterhalb der Niedriglohnschwelle.

Unter allen Vollzeitbeschäftigten gehörten „lediglich“ 20 Prozent zu den Geringverdienern. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer, die trotz Arbeit Hartz-IV-Leistungen beziehen, ist bei Leiharbeitern überdurchschnittlich hoch.

(...)

Quelle: O-Ton-Arbeitsmarkt.de vom 28.09.2016

Vom Kampf gegen Ausbeutung in der Fleischindustrie

Vor einem Jahr unterzeichneten die sechs großen deutschen Fleischerzeuger eine Selbstverpflichtungserklärung, wonach sie Missstände bei der Beschäftigung von ausländischen Leiharbeitern abstellen wollten.

Die Vertragsverhältnisse zwischen häufig im Ausland ansässigen Subunternehmen und Leiharbeitern sollten auf deutsches Recht umgestellt werden. (...) Ein Jahr danach: Was ist aus der Selbstverpflichtung geworden?

(...)

Quelle: Deutschlandfunk.de vom 28.09.2016

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-172016--1945.html>

